

Aachener Zeitung vom 16.05.2013, S. 10

Kritik am Modell Sparkommissar

CDU-Landespolitiker: Rot-Grün schwächt mit Stärkungspakt die Kommunen

VON STEPHAN JOHNEN

Nideggen. Es ist ein einmaliger Vorgang im Land NRW: In Nideggen hat seit dem 7. Mai statt des Rates ein Sparkommissar bei allen Finanzfragen zu entscheiden. Innenminister Ralf Jäger hat mit Ralph Ballast einen „Beauftragten für Aufgaben des Rates der Stadt Nideggen“ eingesetzt, der dafür sorgen muss, dass die Stadt im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt und keine weiteren Schulden anhäuft. Etwa 25 Millionen Euro haben sich in der 11 000 Einwohner großen Stärkungspakt-Kommune bereits angehäuft. Erste Entscheidung: Die Steuern werden kommende Woche angehoben. Nideggen ist eine Premiere – angesichts der angespannten Finanzlage vieler Kommunen auch in der Region könnte die Stadt aber kein Einzelfall bleiben.

„Mit Sparkommissaren löst man das grundsätzliche Problem nicht“, kritisiert André Kuper (CDU), Sprecher des Ausschusses

für Kommunalpolitik des Landtages. Mit seinen Dürener Landtagskollegen Josef Wirtz und Rolf Seel prangert er den Stärkungspakt der Landesregierung als „Schwächungspakt“ an. Beispiel Nideggen: Die Stadt erhält zusätzlich 750 000 Euro aus dem Stärkungspakt, gleichzeitig habe sie 2,1 Millionen Euro weniger Schlüsselzuweisungen erhalten. Von einer Stärkung könne kaum die Rede sein. „Das System der Gemeindefinanzierung ist nicht mehr gerecht und nicht transparent“, sagt Seel. Ohne eine grundlegende Reform könnten sich Kommunen wie Nideggen nicht aus eigener Kraft befreien. „Aber sie können sich kaputtsparen“, fügt der Haushaltspolitiker hinzu. Die zum Teil

„Mit Sparkommissaren löst man das grundsätzliche Problem nicht“: André Kuper.

„drastischen Steuererhöhungen“ würden die Attraktivität einer Kommune für die Ansiedlung von Betrieben und den Zuzug von Menschen auf Jahre beschädigen.

Der Kommunal-Soli, der im Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 verankert werden soll, werde nach Ansicht der CDU-Politiker die Situation nicht entschärfen. „Für diesen Solidaritätszuschlag sollen wohlhabende Gemeinden aufkommen“, sagt Kuper. Per Definition seien dies die Gemeinden, die keine Schlüsselzuweisungen bekommen. „Potenziell sind das 89

in NRW“, rechnet Kuper vor.

Die Frage, wie wohlhabend diese Kommunen tatsächlich sind, müsse erlaubt sein, findet er. Seine Antwort: „Vier der 89 sind im Stärkungspakt, drei im Nothaushalt, 23 haben ein

Haushaltssicherungskonzept, 61 plündern bereits die Rücklagen.“

